

Einleitung

»Vergesst Foucault!« – so lautete die provokante Aufforderung Jean Baudrillards Ende der 1970er Jahre (Baudrillard 1978). Am Beginn des neuen Jahrtausends ist die Auseinandersetzung mit dem Werk des französischen Historikers und Philosophen Michel Foucault intensiver denn je, die wissenschaftliche Sekundärliteratur zu seinen theoretischen Arbeiten kaum mehr zu überschauen. Selbst ein oberflächlicher Blick auf jene Sammelbände und Monographien, die in den letzten Jahren im anglo-amerikanischen Sprachraum erschienen sind, zeigt die ungewöhnliche Vielzahl geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschungsgebiete, die Foucaults »Werkzeugkiste« theoretisch inspiriert. Das thematische und disziplinäre Spektrum reicht von der politischen Theorie über die Geschichtswissenschaft zur Organisationssoziologie, umfasst aber auch die Geschlechterforschung, Literaturwissenschaft und Theologie: *Foucault and the Political* (Simons 1996), *Foucault and the Writing of History* (Goldstein 1994), *Foucault and Education* (Ball 1990), *Foucault and Feminism* (Diamond/Quinby 1988), *Foucault and Literature* (During 1992), *Foucault and the Law* (Hunt/Wickham 1995), *Foucault and the Critique of Institutions* (Caputo/Yount 1993), *Foucault and the Games of Truth* (Nilson 1998), *Foucault and Social Dialogue* (Falzon 1998), *Foucault, Management and Organization Theory* (McKinlay/Starkey 1998), *Foucault and Religion: Spiritual Corporality and Political Spirituality* (Carrette 1999), *Foucault and Latin America* (Trigo 2001), *Michel Foucault and Theology: The Politics of Religious Experience* (Bernauer/Carrette 2004), *Foucault, Gender and the Iranian Revolution* (Afary/Anderson 2005).

Von dem anhaltenden wissenschaftlichen Interesse an Foucaults Arbeiten zeugt nicht nur der Umfang der publizierten Sekundärliteratur. Auch das »Werk« Foucaults ist in den vergangenen Jahren durch ambitionierte Editionsprojekte und Veröffentlichungen aus dem Nachlass kontinuierlich angewachsen. Als 1994 die *Dits et Ecrits*¹ erschienen, die zum ersten Mal alle kürzeren Arbeiten Foucaults (Interviews, Artikel, Vorworte etc.) auf knapp 4000 Seiten versammelten, begann ein neuer Abschnitt der Rezeption. Viele, bislang nicht oder nur schwer zugängliche Texte liegen nun in einer vierbändigen Ausgabe vor, die inzwischen

¹ Michel Foucault, *Schriften in vier Bänden, Dits et Ecrits*, herausgegeben von Daniel Defert und François Ewald unter Mitarbeit von Jacques Lagrange, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2001-2005 [franz. Original 1994].

auszugsweise oder vollständig in andere Sprachen übersetzt wurde. Hinzu kommen seit einigen Jahren die Vorlesungen am Collège de France, die Foucault von 1970 an bis zu seinem Tod 1984 hielt.²

Mit den posthumen Veröffentlichungen und den Neueditionen verlagerte sich auch der Schwerpunkt der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Dies gilt insbesondere für die von Foucault ausgearbeitete »Analytik der Macht« (Foucault 1977: 102; 2004a: 13 f.). Bis in die frühen 1990er Jahre dominierte eine philosophische Debatte, die sich auf die normativen Implikationen der Foucault'schen Arbeit konzentrierte und sich durch eine starke Polarisierung auszeichnete. Auf der einen Seite standen diejenigen, die in Foucaults Machtanalyse die Fortsetzung und Weiterentwicklung gesellschaftskritischer Ansätze sahen, die auf die Analyse sozialer Hierarchien und politischer Herrschaftsprozesse zielen (Smart 1983; Connolly 1985; Rajchman 1985; Barrett 1991). Auf der anderen Seite befanden sich jene, die das analytische und kritische Potential der Arbeit Foucaults durch eine Vielzahl ungelöster theoretischer und normativer Probleme verstellt sahen (Habermas 1985: 279-343; Honneth 1985; Taylor 1988: 188-234; Fraser 1994: 31-55).³ Innerhalb dieser allgemeinen theoriepolitischen Konjunktur war die Machtanalytik Foucaults nur von marginaler Bedeutung für die sozialwissenschaftliche Forschungspraxis.⁴

Seit den 1990er Jahren ist eine signifikante Akzentverschiebung zu beobachten. An die Stelle der philosophischen Auseinandersetzungen traten zunehmend sozialwissenschaftliche Analysen, die sich um eine produktive Aufnahme und empirische Konkretisierung der Machtanalytik Foucaults bemühten. In den letzten Jahren hat die soziologische und politologische Rezeption noch an Dynamik und Intensität gewonnen. So selbstverständlich ist inzwischen der Rekurs auf die Arbeiten Foucaults, dass dieser heute »auf Augenhöhe mit Gesellschaftstheoretikern von Weber bis Luhmann gehandelt« wird (Angermüller 2004: 385; vgl. auch Fox 1998; Fabiani 2004). Zwei Konzepte haben in den vergangenen Jahren besondere theoretische Aufmerksamkeit gefunden: Gouvernamentalität und Biopolitik.

Das Konzept der »Gouvernamentalität« (*gouvernementalité*) steht im Mittelpunkt der Vorlesungen Foucaults am Collège de France von 1978 und 1979. Die Wortschöpfung leitet sich vom französischen Adjektiv *gouvernemental* (»die Regierung betreffend«) her und war

² In Buchform sind bislang sechs Vorlesungsreihen publiziert: *In Verteidigung der Gesellschaft* (Foucault 1999); *Die Anormalen* (Foucault 2003n) *Geschichte der Gouvernamentalität I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung* (Foucault 2004a); *Geschichte der Gouvernamentalität II: Die Geburt der Biopolitik* (Foucault 2004b); *Hermeneutik des Subjekts* (Foucault 2004c); *Die Macht der Psychiatrie* (Foucault 2005q).

³ Zur sogenannten Foucault-Habermas-Debatte vgl. Kelly 1994; Ashenden/Owen 1999; Biebricher 2004.

⁴ Eine Ausnahme bildet freilich das Interesse für Prozesse der Sozial- und Körperdisziplinierung in den 1980er Jahren. Vgl. Breuer 1986; 1987; Turner 1987. Für eine knappe Darstellung der zeitgenössischen Diskussion vgl. Honneth 1990.

schon bekannt, bevor Foucault ihn zu einem zentralen Begriff seiner Arbeit machte.⁵ So bezeichnet Roland Barthes bereits in den 1950er Jahren in den *Mythen des Alltags* mit dem »barbarischen, aber unvermeidlichen Neologismus« einen Mechanismus, der Ursache und Wirkung verkehrt und die Regierung als Autor gesellschaftlicher Verhältnisse präsentiert: als »die von der Massenpresse als Essenz der Wirksamkeit aufgefaßte Regierung« (Barthes 1964: 114). Foucault greift dieses »hässliche Wort« (2004a: 173) auf, löst es jedoch aus dem semiologischen Kontext. Gouvernamentalität steht nicht für eine mythische Zeichenpraxis, welche die gesellschaftlichen Verhältnisse entpolitisiert und verschleiert, sondern verweist auf unterschiedliche Handlungsformen und Praxisfelder, die in vielfältiger Weise auf die Lenkung und Leitung von Individuen und Kollektiven zielen (2005p: 116). Eingeführt zur »notwendige(n) Kritik am gängigen Verständnis von ›Macht‹« (2005b: 259) liegt seine innovative Bedeutung vor allem in der »Scharnierfunktion«, die Foucault ihm zuspricht. Erstens vermittelt der Regierungsbegriff zwischen Macht und Subjektivität. Auf diese Weise wird es möglich zu untersuchen, wie Herrschaftstechniken sich mit »Praktiken des Selbst« (2005c: 889) verknüpfen und Formen politischer Regierung auf Techniken des »Sich-selbst-Regierens« rekurren. Zweitens erlaubt die Problematik der Regierung eine systematische Untersuchung der von Foucault immer wieder herausgestellten engen Beziehungen zwischen Machttechniken und Wissensformen.

Ebenso wenig wie der Neologismus »Gouvernamentalität« stammt der Begriff der Biopolitik von Foucault. Das Wort taucht bereits in den 1920er Jahren in den Schriften deutscher politischer Theoretiker auf, die den Staat in einer organizistischen oder naturalistischen Perspektive analysierten (Binding 1920; Dennert 1922; Hahn 1926).⁶ Zwar waren diese Konzeptualisierungsversuche nach dem Ende des Nationalsozialismus zunächst diskreditiert, doch der Begriff der Biopolitik erlebte Mitte der 1960er Jahre eine bemerkenswerte Renaissance. Zu diesem Zeitpunkt entstand das Forschungsfeld »biopolitics« innerhalb der anglo-amerikanischen Politikwissenschaft. Die Grundannahme dieses Theorieansatzes lautet, dass das politische Handeln auf fundamentalen biologischen Gesetzmäßigkeiten beruht, denen die politikwissenschaftliche Forschung Rechnung zu tragen habe. Die Analyse politischer

⁵ An dieser Stelle ist leider eine Selbstkritik notwendig. In früheren Arbeiten habe ich wie viele andere Foucault-Interpreten irrtümlicherweise angenommen, dass der Begriff der Gouvernamentalität (*gouvernementalité*) sich aus den beiden Komponenten »gouverner« (Regieren) und »mentalité« (Denkweise) zusammensetzt. So schien schon begrifflich markiert zu sein, dass Fragen nach dem Gegenstand von Regierung und ihrer Rationalität nicht voneinander getrennt werden können. So richtig diese Akzentsetzung sein mag, die Herleitung bleibt dennoch falsch. Der Wortstamm ist eindeutig das Adjektiv *gouvernemental* und es scheint eher, dass Foucault den Neologismus als Gegenbegriff zu »Souveränität« (*souveraineté*) einsetzt. Dieser Irrtum hat bedauerlicherweise zu einer Reihe von Fehlinterpretationen beigetragen, die das Konzept als eine »Mentalität des Regierens« begriffen bzw. darauf reduziert haben (vgl. Sennelart 2004: 564).

⁶ Zur Begriffsgeschichte vgl. Esposito 2004: 3-39.

Strukturen und Prozesse erfordere es, Erkenntnisse aus der Verhaltensbiologie, der Soziobiologie und der Evolutionstheorie heranzuziehen (Carmen 1997; Somit/Peterson 1998). Foucaults Begriff der Biopolitik markiert einen expliziten Bruch mit Versuchen, die Natur der Politik auf biologische Determinanten zurückzuführen. Im Gegenteil rekonstruiert er jenen historischen Prozess, in dem das Leben schließlich als politischer Einsatz, als Gegenstand politischer Strategien auftaucht. Statt von natürlichen und überzeitlichen Gesetzmäßigkeiten der Politik auszugehen, macht Foucaults Konzept der Biopolitik eine historische Zäsur, eine Diskontinuität in der Praxis der Politik kenntlich. In dieser Perspektive war Politik nicht immer Biopolitik; vielmehr bezeichnet letztere eine spezifisch moderne Form der Macht: »Jahrtausende hindurch ist der Mensch das geblieben, was er für Aristoteles war: ein lebendiges Tier, das auch einer politischen Existenz fähig ist. Der moderne Mensch ist ein Tier, in dessen Politik sein Leben als Lebewesen auf dem Spiel steht.« (1977: 170 f.)

Sowohl das Konzept der Gouvernementalität als auch das der Biopolitik haben in den letzten Jahren ein ungewöhnlich starkes Interesse erfahren. Diese Feststellung gilt für den deutschsprachigen Raum noch mehr als für die internationale Diskussion. Mit den *governmentality studies* etablierte sich bereits in den 1990er Jahren insbesondere in Großbritannien, Australien, Kanada und den USA eine eigenständige Forschungsrichtung, die das »Raster der Gouvernementalität« (Foucault 2004b: 261) für eine kritische Analyse der Gegenwartsgesellschaft und die Untersuchung zeitgenössischer Regierungstechniken und politischer Rationalitäten nutzt. Mit einiger Verzögerung hat diese Forschungsperspektive auch in den deutschen Sozialwissenschaften Widerhall gefunden. In den letzten Jahren sind eine Reihe von Monografien und Sammelwerken, Artikel und Buchbeiträgen erschienen, in deren Mittelpunkt der von Foucault geprägte Begriff steht (vgl. dazu die Darstellung in Kapitel 2).

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich für die Rezeption des Konzepts der Biopolitik beobachten. Zwar ist das Wort inzwischen zu einem Gemeinplatz geworden und findet außerhalb der wissenschaftlichen Fachliteratur auch in zahlreichen journalistischen Texten Verwendung, um die sozialen und politischen Folgen biotechnologischer Interventionen zusammenzufassen. Doch auch die an den Foucault'schen Begriff der Biopolitik anschließende Rezeption hat in den letzten Jahren an quantitativer Bedeutung gewonnen und sich in verschiedene Richtungen mit unterschiedlichen Akzentsetzungen entwickelt. Dabei lassen sich grob zwei Rezeptionslinien unterscheiden. Die erste ist in Philosophie und Gesellschaftstheorie sowie in der allgemeinen Soziologie beheimatet. Sie konzentriert sich auf die Frage nach dem Modus des Politischen: Wie funktioniert Biopolitik und welche

Gegenkräfte mobilisiert sie? Wie unterscheidet sie sich analytisch und historisch von anderen Politikformen? Die zwei Extrempunkte dieser Diskussion stellen zugleich die prominentesten Beiträge in der Debatte dar: die Schriften von Giorgio Agamben auf der einen und die Arbeiten von Michael Hardt und Antonio Negri auf der anderen Seite. Die zweite Rezeptionslinie hat ihren Ausgangspunkt in der Wissenschafts- und Techniksoziologie, der Wissenschaftsgeschichte, der Medizinsoziologie, der Kulturanthropologie, aber auch in der feministischen Theorie und der Geschlechterforschung. Sie interessiert sich für die Substanz des Lebens und untersucht die sozialen, kulturellen und politischen Implikationen der neuen Biotechnologien. Wenn in der Folge der biowissenschaftlichen Innovationen der lebendige Körper heute weniger als organisches Substrat denn als molekulare Software begriffen wird, die gelesen und umgeschrieben werden kann, dann stellt sich die Frage der Biopolitik in neuer Weise: Was ist die Bedeutung von Leben innerhalb dieser veränderten politisch-technischen Konstellation?⁷

Viele Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler haben inzwischen die Konzepte der Gouvernamentalität und der Biopolitik aufgegriffen, um die gesellschaftliche Durchsetzung postfordistischer oder neoliberaler Regierungsformen zu erklären bzw. um die Veränderungen von Körpererfahrungen und die Kontrolle und Kommerzialisierung von Lebensprozessen zu erfassen. Dieses Rezeptionsinteresse hat in den vergangenen Jahren wichtige Beiträge für die theoretische Reflexion und die empirische Analyse der Gegenwartsgesellschaft hervorgebracht. Allerdings ist auch unverkennbar, dass die Aneignung und Aktualisierung der beiden Konzepte auch eine Reihe von Problemen aufwirft. Die Popularität der beiden Analyseinstrumente hat zunächst zur Folge, dass sie inzwischen wenig trennscharf oder gar inflationär verwendet werden. Kritiker sehen eine »Gouvernamentalitätsliteratur-Industrie« am Werke, die »der Geschichte des Regierens eine veritable evolutionäre Logik [unterlegt], die in soziologischer Manier vom Stadium der ›Polizey‹ über den Liberalismus und Wohlfahrtsstaat zum Neoliberalismus mechanisch fortschreitet« (Osborne 2004: 35). Diese theoretische Trivialisierung ist begleitet von einer systematischen Überhöhung der Konzepte. In vielen Arbeiten erscheint Foucault als eine singuläre intellektuelle Figur und als sozialwissenschaftlicher Klassiker, der eine völlig neue Theorie der Macht vorgelegt habe. Ausgeblendet bleibt auf diese Weise die historiographische, philosophische und soziologische Tradition, an die Foucault anknüpft. Darüber hinaus bleiben in der Rezeption die analytischen Grenzen der beiden Konzepte regelmäßig unterbestimmt. Während Foucault sein Analyseinstrumentarium jeweils im

⁷ Für eine genauere Darstellung der Rezeptionslinien vgl. Lemke 2006.

Hinblick auf die von ihm konkret untersuchten historischen Objekte (Wahnsinn, Delinquenz, Sexualität, etc.) bildete, ohne einen allgemeinen Theorieapparat zu entwickeln, werden »Gouvernementalität« und »Biopolitik« heute mehr und mehr zu theoretischen »Passepartouts«, die für beliebige Untersuchungsgegenstände und -ziele eingesetzt werden, ohne selbst der Überarbeitung, Weiterentwicklung oder Korrektur zu bedürfen. Eine Reihe von Arbeiten im Anschluss an Foucault zeichnen sich durch eine philologisch-akademische Perspektive aus, die weder der Historizität noch der Spezifität der Konzepte ausreichend Rechnung zu tragen vermag. Schließlich wird kaum versucht, einen systematischen Zusammenhang zwischen beiden Analyseinstrumenten herzustellen. Erstaunlicherweise verlaufen die Rezeptionslinien weitgehend getrennt. Die Aufgabe, die Analytik der Regierung mit dem Konzept der Biopolitik zu verknüpfen, hatte Foucault noch im Blick, der insistierte, dass man die Probleme der Biopolitik »nicht vom Rahmen politischer Rationalität trennen konnte, innerhalb dessen sie aufgetreten sind und ihre Zuspitzung erfuhren. Insbesondere nicht vom ›Liberalismus‹, denn durch die Beziehung auf ihn haben sie die Gestalt einer Herausforderung angenommen«. (2004b: 1020)

Der hier vorgelegte Band ist zugleich Teil dieser Foucault-Konjunktur und eine Reaktion auf die skizzierten Probleme und Verkürzungen. Anders als mein Buch *Eine Kritik der politischen Vernunft – Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität* (Lemke 1997), das sich einer zum Zeitpunkt der Veröffentlichung weitgehend ungekannten Dimension im Werk Foucaults und deren Fortführung in den Arbeiten seiner Schülerinnen und Schüler widmete, erkunden die hier versammelten Beiträge die gegenwartsdiagnostische Reichweite und die soziologische Relevanz der Konzepte »Gouvernementalität« und »Biopolitik«. Gemeinsam ist ihnen das Anliegen, die beiden Analyseinstrumente historisch und theoretisch zu kontextualisieren, ihren Beitrag für die empirische Forschung zu konkretisieren und schließlich ihr gesellschaftskritisches Potenzial deutlicher zu konturieren – eine Aktualisierungsabsicht, die im Gegensatz steht sowohl zu exegetischen Übungen um ihrer selbst willen wie zu einer ebenso fatalen Ästhetisierung Foucaults, die in dessen Arbeiten eine »neue Form der Lebenskunst« (vgl. Schmid 1991) erkennen will.

Max Weber, Norbert Elias und Michel Foucault über Macht und Subjektivierung setzt mit der Beobachtung ein, dass die deutsche Soziologie die Arbeit Foucaults bislang vergleichsweise zurückhaltend rezipiert hat. In der Auseinandersetzung mit seinen Texten wurde immer wieder auf zentrale theoretische Defizite und begriffliche Verengungen der Machtanalytik hingewiesen. Im Rahmen eines Theorievergleichs mit zwei soziologischen Klassikern werden in diesem Beitrag die analytischen Stärken der »Analytik der Regierung« gegenüber Max

Webers Herrschaftssoziologie auf der einen und der Theorie der Zivilisation von Norbert Elias auf der anderen Seite herausgearbeitet. Dabei soll die These plausibilisiert werden, dass sich grundsätzliche Probleme der beiden Theorieansätze durch den Rekurs auf das Foucault'sche Konzept der Gouvernementalität überwinden lassen. Die Problematik der Gouvernementalität erschließt – so die weiter gehende Annahme – der soziologischen Machtforschung eine Reihe innovativer Forschungsfragen.

Im Mittelpunkt von *Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die »governmentality studies«* steht eine Reihe von Untersuchungen, die im Anschluss an Foucault mit dessen Begriff der Regierung zu arbeiten versuchen. Der einleitende Teil zeigt zunächst die methodisch-theoretischen Prinzipien dieser Forschungsperspektive auf und erläutert im Rahmen eines Vergleichs mit Ulrich Becks Konzept der Risikogesellschaft das eigenständige analytische Profil der Gouvernementalitätsstudien. Deren Fruchtbarkeit für eine Analyse und Kritik neoliberaler Regulations- und Steuerungsmodi resultiert aus zwei forschungsstrategischen Entscheidungen: zum einen der Konzentration auf die Verbindungen zwischen abstrakten politischen Rationalitäten und den empirischen Mikrotechniken des Alltags und zum anderen die Untersuchung der systematischen Verbindungen von Selbst- und Fremdführungen, die von der politischen Regierung des Staates bis zu Formen von Selbstregierung reichen. Allerdings zeichnen sich die *governmentality studies* durch eine Reihe von ungelösten Fragen und theoretischen Problemen aus, von denen zwei – die Rolle des Staates und die Konzeption von Widerstand – im dritten und letzten Teil des Beitrags ausführlicher behandelt werden.

Andere Affirmationen. Gesellschaftsanalyse und Kritik im Postfordismus ist eine kritische Auseinandersetzung mit Nancy Fraser, eine der bedeutendsten politischen Theoretikerinnen der Gegenwart. Fraser hat sich in zahlreichen Texten und über einen langen Zeitraum hinweg mit den Arbeiten Foucaults beschäftigt. Dabei hat sie auf zwei theoretische und empirische Probleme hingewiesen, die nach ihrer Einschätzung das analytisch-kritische Potential der Foucault'schen Machtanalytik empfindlich beschränken. Deren unbestreitbaren Verdiensten stehe zum einen die unzulässige Ausklammerung normativer Fragen gegenüber, die eine theoretische Unterscheidung zwischen legitimen und illegitimen Formen der Macht überhaupt erst erlauben. Zum anderen sieht Fraser in Foucault einen Theoretiker der Disziplinargesellschaft, dessen Analysen nur von eingeschränkter empirischer Bedeutung in einer postfordistischen Gesellschaftsformation seien.

In diesem Beitrag wird Frasers doppelte These, Foucaults Arbeit sei normativ defizitär und empirisch überholt, einer kritischen Überprüfung unterzogen. Im ersten Teil des Textes

werden die spezifischen Konturen der Foucault'schen Kritik aufgezeigt, die eine theoretische Praxis in Frage zu stellen sucht, die jede Parteinahme an den Ausweis der Berechtigung oder eine »Legitimitätsprüfung« (Foucault) knüpft. Der zweite Teil rückt die anhaltende empirische Relevanz der Arbeiten Foucaults – insbesondere des Konzepts der Gouvernementalität – in den Vordergrund und zeigt abschließend, wie sich diese Analyseperspektive für die Untersuchung postfordistischer Regulationsprozesse und neoliberaler Regierungsformen nutzen lässt.

Biopolitik im Empire. Die Immanenz des Kapitalismus bei Michael Hardt und Antonio Negri rekonstruiert die Argumentation der beiden Autoren und zeichnet deren Kritik am Foucault'schen Konzept der Biopolitik nach. Der Beitrag zeigt eine Reihe von analytischen Ambivalenzen und uneingelösten theoretischen Ansprüchen, die ihr gemeinsam verfasstes Buch *Empire* kennzeichnen. Der Schwerpunkt der Ausführungen liegt auf zwei zentralen Problemen. Zum einen konzipieren die Autoren den Bruch zwischen Moderne und Postmoderne, Imperialismus und Empire als eine zeitliche Abfolge nach einem Modell der Ablösung statt die historische Simultanität oder politische Komplementarität unterschiedlicher Technologien oder Mechanismen der Macht zu analysieren. Zum anderen begreifen sie »Leben« nicht als ein gesellschaftliches Konstrukt bzw. als Element einer historischen Wissenspraxis, sondern als eine ursprüngliche und überhistorische Entität. Es ist eben diese Essentialisierung, die es den Autoren erlaubt, eine wohlüberlegte Dramaturgie in Szene zu setzen: den Kampf zwischen der produktiven, vitalen und autonomen »Menge« (*Multitude*) und dem unproduktiven, parasitären und zerstörerischen »Empire«.

Die Regel der Ausnahme. Giorgio Agamben über Biopolitik und Souveränität macht zunächst deutlich, dass Agambens These vom Lager als »Matrix der Moderne« plausibler ist, als viele Interpreten annehmen. Sein Konzept der Biopolitik wirft jedoch eine Reihe schwerwiegender Probleme auf, deren Diskussion der Hauptteil des Textes gewidmet ist. Dazu gehört das implizite Festhalten an einer »juridischen« und staatszentrierten Machtkonzeption ebenso wie die weitgehende Vernachlässigung sozio-ökonomischer Aspekte der biopolitischen Problematik. Entscheidend ist, dass Agamben mit einem ebenso überzogenen wie unterkomplexen Begriff des Politischen arbeitet: Einerseits konzipiert er das Politische als souveräne Instanz, die kein Außen kennt, das mehr wäre als eine »Ausnahme«; andererseits erschöpft sich in seiner Darstellung die Souveränität völlig in der dezisionistischen Bestimmung des Ausnahmezustands und der todbringenden Aussetzung »nackten Lebens«.

Rechtssubjekt oder Biomasse? Reflexionen zum Verhältnis von Rassismus und Exklusion greift Foucaults Analyse des modernen Rassismus auf und konfrontiert diese mit der aktuellen

soziologischen Diskussion über Praktiken der Exklusion. Foucault zufolge besteht die biopolitische Bedeutung des Rassismus darin, dass er Einschnitte innerhalb des Sozialen als eines biologischen Kontinuums vornimmt und so eine Unterscheidung und Hierarchisierung von Unterklassen als »Rassen« erlaubt. Der erste Abschnitt thematisiert Grenzen und Defizite des Foucault'schen Konzepts der Biopolitik, das an die Vorstellung eines integralen (menschlichen) Körpers gebunden bleibt. Aktuelle biotechnologische Interventionen – etwa in der Transplantationsmedizin oder in der Genomforschung – ermöglichen jedoch eine Fragmentierung und Rekombination des Körpers bzw. von Körperteilen, welche die traditionellen Grenzen zwischen Eigenem und Fremden, Leben und Tod transzendieren. Daher muss Foucaults Konzept der Biopolitik ergänzt bzw. das Verhältnis zwischen Rassismus und Biopolitik neu begriffen werden. Der zweite Teil des Kapitels geht der Frage nach, wie der Teilung in das, was leben und das, was sterben soll, ein wissenschaftlicher Blick korrespondiert, der prinzipiell Natur und Kultur, Wissenschaft und Politik voneinander trennt. Der Reduktion von menschlichem Leben auf reine Körperlichkeit entspricht – so die These – eine Konzeption des Wissens, die von jeder Körperlichkeit gereinigt ist.

Die Regierung der Risiken – Von der Eugenik zur genetischen Gouvernamentalität setzt das Konzept der Gouvernamentalität für eine Untersuchung der sozialen und politischen Implikationen von Gendiagnostik und Genomforschung ein. Der Beitrag analysiert die Etablierung eines Diskurses um »genetische Risiken« unter drei Aspekten: als Wahrheitsregime, das eine bestimmte Repräsentation von Individuum und Gesellschaft bereitstellt; als Machtstrategie, die eine Individualisierung und Privatisierung gesellschaftlicher Risiken betreibt und zu neuen Formen von Ausbeutung und Ungleichheit beiträgt; schließlich wird die »Genetifizierung« von Körperkonzepten und Krankheitserfahrungen auch unter der Perspektive von Selbsttechnologien analysiert: Welche neuen Formen von sozialer und personaler Identität erlaubt bzw. erfordert sie? Der Artikel verfolgt die These, dass an die Stelle staatlich verordneter eugenischer Programme, die vor allem auf repressive Mittel zurückgriffen und deren Gegenstand die »Volks Gesundheit« war, zunehmend eine »genetische Gouvernamentalität« tritt, die im Namen von Selbstbestimmung und Wahlfreiheit auf eine individuelle Gesundheitsmaximierung und Leidensminimierung zielt.

Ausgangspunkt von *Mutationen des Gendiskurses: Der genetische Determinismus nach dem Humangenomprojekt* ist die These der Wissenschaftshistorikerin Evelyn Fox Keller, dass das »Jahrhundert des Gens«, das um 1900 mit der Wiederentdeckung der Mendel'schen Gesetze begann, heute zum Abschluss kommt. Mit dem zunehmenden biologischen Wissen um die

Komplexität der Regulierungsdynamik, wird Keller zufolge schließlich das einfache Bild einer determinierenden Rolle der Gene korrigiert, das in der Öffentlichkeit bisher vorherrschte. Der Beitrag setzt an dieser Diagnose an, um zu zeigen, dass Kellers Argumente weder theoretisch noch empirisch zu überzeugen vermögen. In theoretischer Hinsicht besteht eine Lücke zwischen Diagnose und Prognose. Keller würdigt nur unzureichend die semantische Verschiebung des Gendiskurses hin zu Netzwerkkonzepten, in denen die abstrakte und eindeutige Gegenüberstellung von Gen und Umwelt zunehmend an Profil verliert – ohne dass der strategische Bezug auf Gene und genetische Regulation aufgegeben würde. Dieses Argument wird gestützt durch die empirische Untersuchung zweier biomedizinisch-genetischer Forschungsprojekte. Gegen die These Kellers, dass der Gendiskurs bereits sein Ende erreicht habe, lässt sich zeigen, dass in der biowissenschaftlichen Forschungspraxis ein epistemologischer Übergang zu postgenomischen Netzwerken und der verstärkte Rückgriff auf Risikokalküle stattfindet, wobei der Rekurs auf gendeterministische Konzepte weiterhin von zentraler Bedeutung bleibt.

Die Gene der Frau – Humangenetik als Arena der Geschlechterpolitik geht der These nach, dass die Privilegierung genetischer Erklärungsmodelle auch zu neuen oder veränderten Formen patriarchaler Herrschaft führt. Um die wechselseitige Konstitution von Wissensformen, Machttechniken und Subjektivierungsprozessen in den Blick zu bekommen, werden im Hinblick auf die »Genetifizierung« der Geschlechterbeziehungen drei Analyse-Dimensionen unterschieden, die auf das Konzept der Gouvernamentalität zurückgehen: die differenzielle Konstruktion der »Wahrheit der Geschlechter« durch den Rekurs auf genetisches Wissen, ihre hierarchische Naturalisierung in gesellschaftlichen Machtstrategien und schließlich die asymmetrische Moralisierung auf der Grundlage der Diagnose genetischer Risiken. Der Beitrag konzentriert sich auf die dritte Analysedimension und geht insbesondere der Frage nach, in welcher Weise das genetische Wissen normative Erwartungen und moralische Orientierungen strukturiert und das Selbstverhältnis von Frauen transformiert. Die sich abzeichnenden Konturen einer weiblichen »genetischen Verantwortung« werden anhand der prädiktiven Brustkrebsdiagnostik diskutiert, bevor abschließend einige allgemeine Überlegungen zu den Perspektiven von Kritik und Widerstand gegen den herrschenden Gendiskurs vorgelegt werden.

Der Band versammelt Buchbeiträge und Artikel, die an anderer Stelle bereits veröffentlicht und für diese Ausgabe überarbeitet wurden. Um Überschneidungen und Wiederholungen zu vermeiden, um Argumente deutlicher formulieren und in der Zwischenzeit erschienene Literatur berücksichtigen zu können, habe ich an einigen Stellen geringfügige, an andern

größere Eingriffe vorgenommen. Im Ergebnis ist keiner der Beiträge unberührt geblieben, viele erscheinen hier in einer substanziell veränderten Fassung. Ich danke Bernd Stiegler und dem Suhrkamp Verlag für die freundliche Genehmigung des Wiederabdrucks, Susanne Krasmann, Michael Bruch, Ulrich Bröckling und Klaus Türk für wertvolle Kommentare und Kritiken sowie Annette Prassel und Kerstin Drewe für ihre Unterstützung bei der Fertigstellung des Manuskripts.